Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abträgergebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 148 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 29. Juni 1931

„...herzlich dumm zu nennen."

Was Frankreich auf den Vorschlag Hoovers antwortet, ist noch viel schlimmer, als wir und wohl auch Hoover selbst erwartet haben. Nicht bloß, daß es dem Geist nach nichts von dem verspüren läßt, was man als Zustimmung zu dem Ziele der Aktion Hoovers auffassen könnte, sondern Frankreich verlangt etwas, was noch über den Young-Plan hinausführen würde — aber nach rückwärts.

Daß die französische Antwort, daß das Kabinett Laval und die ganze Deputiertenkammer zwar durchaus und nicht ungern den einjährigen Zahlungsaufschub für Frankreichs sämtliche Kriegsschuldenverpflichtungen annehmen will, wußte man schon, auch, daß es von Deutschland die Weiterzahlung der 660 Millionen ungeschützter Verpflichtungen verlangte. Diese Summe sollte dann von der Tributbank in Basel umgehend Deutschland wieder zur Verfügung gestellt werden, so daß nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch der Young-Plan wenigstens in einem Teil seiner Bestimmungen weiter in Funktion blieb.

Und was wurde nun aus diesem Kreditvorschlag? Zunächst einmal der Hinweis, daß dieser Kredit von Deutschland selbstverständlich sofort nach Schluß des „Reparationsfeierjahres" zurückgezahlt werden müßte; eine entsprechende Mehrbelastung würde der dann fälligen Jahresleistung des Young-Planes noch hinzugefügt werden. Natürlich müßten wir außerdem für die als ungeschützte Zahlung an die BIZ. hinübergeleitete Summe nun auch noch Zinsen zahlen, wenn man uns die 660-Millionen zur Verfügung stellen würde. Übrigens soll noch erwähnt werden, daß diese 660 Millionen „ungeschützter" Zahlungen die eigentlichen „Kriegstribute" darstellen insofern, als diese Summe zum „Wiederaufbau der zerstörten Gebiete" dienen soll. Mit diesem „Argument" — das natürlich nur in der Theorie besteht — haben die Franzosen jetzt besonders heftig gearbeitet. Alle anderen Staaten, die dem Vorschlag Hoovers bedingungslos zustimmen, haben aber gerade auf diesen Teil der „Reparations"zahlungen, also der Entschädigungen für ihre wirtschaftlichen Kriegsverluste, glattweg verzichtet, Amerika an der Spitze.

Aber die obenerwähnte nachträgliche Kreditierung der deutschen Zahlungen während dieses „Schuldenfeierjahres" soll so gar nicht „zur Gänze", wie man in Österreichs Amtsdeutsch sagt, allein zugunsten Deutschlands erfolgen, sondern auch andere Staaten Mitteleuropas sollen Kredite aus dieser Summe erhalten, namentlich solche Länder, „wo die Aussetzung des Young-Planes während eines Jahres eine finanzielle oder wirtschaftliche Störung bringen". Mit diesem Vorschlag zerstört übrigens Frankreich selbst seinen Einwand: die Weiterzahlung des ungeschützten Young-Plan-Anteils durch Deutschland verstoße nicht gegen den Vorschlag Hoovers, daß kein Schuldnerstaat etwas zahlen solle mit Ausnahme des Zinsendienstes für die Dawes- und die Young-Anleihe; denn Deutschland erhalte das bezahlte Geld sofort als Kredit zurück. Deutschland soll diese Summe nicht erhalten, höchstens einen Teil, und da z. B. Frankreich selbst behauptet, das Young-Plan-Moratorium füge seinem Haushalt finanzielle Störungen zu, so könne man in Paris auch einen Teil dieses von der BIZ. aus den deutschen Zahlungen ermöglichten Kredites in Anspruch nehmen! Was so nun alles eigentlich der Idee der Vorschläge Hoovers kaum entsprechen dürfte.

Aber dann heißt's obendrein: „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo ...", nämlich zurück in die für Frankreich so erfreuliche Zeit der interalliierten Kontrolle in Deutschland. Kontrolliert werden soll der französischen Note zufolge die Art, wie wir jenen Kredit der BIZ. verwenden, also was wir sozusagen mit unserem eigenen Geld machen würden. Kontrolliert soll ferner werden, wie Deutschland die Summen verbraucht, die es durch die übrige, die wirkliche Nichtbezahlung der Young-Plan-Verpflichtungen einspart beim Haushalt des Reichs; die Gläubiger sollen aufpassen, daß Deutschland diese Ersparnisse zu wirtschaftlich-vernünftigen aber nicht etwa zu Dumping-Zwecken verwendet, für Subventionen an die Wirtschaft u. dergl. Man kann ja schon darunter verstehen, daß z. B. die Industrie-Belastung aus dem Dawes-Plan, die immer noch erhoben wird, nun für ein Jahr nicht erhoben würde. Kontrolliert werden soll schließlich auch noch, ob Deutschland rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen trifft, die Reparationszahlungen nach Ablauf der einjährigen Frist prompt und pünktlich wieder aufzunehmen, einschließlich der Abdeckung des von der BIZ. erhaltenen Kredits. Man darf wohl zitieren, was Schillers „Wallenstein" dem Gesandten des Kaisers antwortet:

„Wohl ausgesonnen, Pater Lamormain!" —

um dann allerdings sofort in die drastische Kritik auszubrechen:

„Wär' der Gedank' nicht so verflucht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen."

Und zum Schluß nun noch ein Hinweis: Die französische Regierung hat die „Annahme" der Vorschläge Hoovers an die Zustimmung der Kammer und des Senats gebunden und diese ist natürlich nur zu erhalten, wenn eben vom amerikanischen Präsidenten die französischen Bedingungen angenommen werden. Abgesehen von allem andern, von den Verhandlungen und Besprechungen, bedeutet diese allein in Frankreich erfolgte Zwischenschaltung der Volksvertretung Zeitversäumnis, verursacht den Aufschub einer Entscheidung, die von wirtschaftlicher Weltbedeutung ist und mit jedem Tage drängender wird. Es ist an Hoover, seine ursprüngliche Idee vor der Verfälschung durch Frankreich zu retten. Wir selbst können dabei nichts tun, höchstens darauf verweisen, daß die Wiedereinführung der interalliierten Kontrolle gegen die Absicht und den Wortlaut des Young-Plans verstößt, der ausdrücklich auf die Beseitigung jeglicher Kontrolle Deutschlands aufgebaut ist. Und erinnern darf Deutschland auch noch daran, daß Frankreich derartige Kontrollabsichten auch in Österreich zu erzwingen versuchte; hoffen wir, daß es bei uns ebenso mißlingt wie in Wien. Denn England hat auch noch ein Wörtchen mitzureden und dort — ist man schon bei der Ausführung der Vorschläge Hoovers.

Noch keine Entscheidung in Paris

Hoovers Instruktionen für Mellon.

Die amerikanisch-französischen Verhandlungen.

In Paris haben die Verhandlungen des amerikanischen Staatssekretärs Mellon mit der französischen Regierung über den Hoover-Plan und die französischen Abänderungswünsche begonnen. In Amerika ist man noch immer trotz zu überwindender großer Schwierigkeiten optimistisch, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führen werden.

Schatzsekretär Mellon hat eine telephonische Aussprache mit dem Präsidenten Hoover gehabt, wobei eine Formel gefunden worden ist, die das äußerste Zugeständnis Hoovers darstellen soll. Aus der offiziösen Mitteilung, daß die französische Antwort weder dem Prinzip noch dem Geist nach dem Vorschlag Hoovers entspreche, geht aber hervor, daß die amerikanische Regierung sich zu einer entschiedenen Stellungnahme entschlossen hat.

Hoover hat sich nach inoffiziellen Nachrichten damit bereit erklärt, daß Frankreich während des Schuldenjahres die für bereits begonnene Bauten, wie die Donaubrücke und Pieranlagen notwendigen Sachlieferungen weiter erhält. Darüber hinaus müssen jedoch die ungeschützten Zahlungen der Wiederherstellung Deutschlands zugutekommen.

Weiter ist Hoover damit einverstanden, daß Deutschland den ungeschützten Reparationsanteil an die B. J. Z. überweist, wenn die Rückkreditierung an Deutschland zinslos erfolgt und der belgische, rumänische und südslawische Reparationsanteil in Höhe von 37 Millionen Dollar ebenfalls als Kredit nach Deutschland zurückfließt. Auch für diese Länder sollen die laufenden Kontrakte für Sachlieferungen bestehen bleiben.

Entschieden abgelehnt wird aber der französische Vorschlag, daß Deutschland im übernächsten Jahr die doppelte Annuität leisten soll. Ebenso ist Amerika nicht bereit, sich in irgendwelche Kontrollmaßnahmen gegenüber Deutschland hineinziehen zu lassen, wie beispielsweise Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit am Ende des Moratoriums oder Überwachung der Verwendung der ersparten Annuität.

Die amerikanische Regierung betont, daß sie absolut unbeteiligt an den Reparationsinteressen der früheren Verbündeten ist. Sie will lediglich die Krise von Europa abwenden und zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands beitragen. Jede andere Stellungnahme Amerikas würde der Kongreß als Hineinziehung in die politischen Affären Europas strikt ablehnen.

Amerikas Finanzminister in Paris.
Bei seinem Pariser Aufenthalt stattete der amerikanische Schatzamtssekretär Mellon dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Von links: französischer Ministerpräsident Laval — Staatssekretär Mellon — Briand, der französische Außenminister — Edge, Amerikas Botschafter in Paris.

Chefbesprechung beim Reichskanzler.

Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning hat in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung stattgefunden, in der die außenpolitische Situation durchgesprochen wurde, die durch die französische Antwort an Amerika gegeben ist. In politischen Kreisen wahrt man weiter Zurückhaltung, um zunächst abzuwarten, wie die für heute nachmittag vorgesehenen Verhandlungen Mellons mit der französischen Regierung verlaufen werden.

*

Offizielle Einladung nach Paris.

Hoesch bei Laval.

Ministerpräsident Laval hat den deutschen Botschafter von Hoesch zu einer längeren Aussprache zu sich ins Innenministerium gebeten. An der Unterredung nahmen der Außenminister Briand und der Staatssekretär Francois Poncet teil. Gegenstand der Aussprache waren der Hoover-Plan und die französischen Gegenvorschläge. Über den näheren Inhalt der Unterredung wird von keiner Seite etwas bekanntgegeben.

Der Ministerpräsident teilte dem Botschafter offiziell mit, daß die französische Regierung den Besuch der deutschen Minister in Paris aufrichtig begrüße. Der Zeitpunkt des Besuches ist späteren Vereinbarungen vorbehalten geblieben.

Auch nach Rom eingeladen.

Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß der italienische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister im Namen des italienischen Kabinettschefs eine Einladung zum Besuch der italienischen Regierung übermittelt hat. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister haben die Einladung angenommen. Wahrscheinlich werden sie ihr nach ihrer Pariser Reise, die voraussichtlich um den 10. Juli herum erfolgen wird, Folge leisten. Die offizielle Einladung der französischen Regierung an Brüning und Curtius ist sofort nach dem Abschluß der Besprechungen zwischen Washington und Paris zu erwarten.

*

Die Pariser Verhandlungen.

Die ersten offiziellen Besprechungen zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Mellon und den französischen Ministern über eine Angleichung der amerikanischen Vorschläge und der französischen Forderungen zur Einführung eines Reparationsfeierjahres dauerten etwa drei Stunden. Nach Abschluß der Besprechung wurde ein neuer Termin für die Fortsetzung festgesetzt. Man hofft, am Montag zu einer Beendigung der Aussprache kommen zu können.

*

Unannehmbare französische Bedingungen.

Immer wieder politische Erpressungsversuche.

Bisher haben sich zwischen der amerikanischen und der französischen Auffassung drei Punkte herausgeschält, über die noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Amerika wünscht einmal, daß der gesamte Betrag des ungeschützten Teiles der Tribute lediglich Deutschland — und zwar zinslos — wieder zur Verfügung gestellt wird, während Frankreich auch die kleinen mitteleuropäischen Staaten daran teilhaben lassen will. Die französische Regierung wünscht außerdem, daß die BIZ. die Garantie für die Anleihe übernimmt, die sie mit dem ungeschützten Teile an Deutschland eröffnet. Wie in amerikanischen Kreisen verlautet, soll sich Mellon jedoch nachdrücklichst dagegen gewehrt haben. Schließlich steht die französische Regierung noch auf dem Standpunkte, daß es unmöglich sei, Deutschland so weitgehende finanzielle Erleichterung zu gewähren, ohne dafür sehr ernste politische und wirtschaftliche Garantien zu erhalten.

Es liegt in der Absicht Frankreichs, eine genaue Kontrolle über die Anwendung der freiwerdenden Tributgelder auszuüben.

Laval verlangt von der Reichsregierung ganz bestimmte Garantien über ihre friedlichen Absichten und ihren ehrlichen Wunsch einer Zusammenarbeit. Er soll bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen haben,

daß sich Deutschland verpflichten müsse, auf die Durchführung der Zollunion mit Österreich zu verzichten.

Ferner verlangte er die Versicherung, daß weder die Reichsmarine noch das Reichsheer in irgendeiner Weise etwas von den freiwerdenden Geldern erhalte.

Was den Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers anlangt, so ist man in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß eine Zusammenkunft mit den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF